

STATT ÜBER KUBA, SOLLTEN WIR MIT KUBA REDEN!

Von Lothar Mark, Lateinamerika-Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Die Frage, wie die politische Zukunft Kubas aussehen wird, erhitzt seit der Bekanntgabe der Erkrankung des kubanischen Staats- und Parteichefs Fidel Castro weltweit die Gemüter. Die Parlamentswahlen im Januar hielten indes keine Überraschungen bereit: Die kommunistische Partei erhielt 91 Prozent der Stimmen und alle 614 Kandidaten wurden bestätigt. Mit Spannung wird jedoch die erste Sitzung des Parlaments Ende Februar erwartet, bei der die neue Regierung bestimmt wird. Denn dann steht nicht nur eine Vorentscheidung über die Linie der kommunistischen Partei an, sondern aller Voraussicht nach wird auch über die zukünftige Rolle Fidel Castros entschieden.

Seit dieser im letzten Dezember erklärte, nicht zwangsläufig an seinen Ämtern festhalten zu wollen, mehren sich die Anzeichen dafür, dass sein jüngerer Bruder Raúl Castro in Kürze die Amtsgeschäfte nicht nur vorübergehend, son-

dern auch formell übernehmen wird. In diesem Fall sind Systemreformen im kommunistischen Inselstaat zu erwarten. Wie diese im Einzelnen aussehen könnten, ist umstritten. Während manche von einer weiteren politischen Liberalisierung ausgehen, spekulieren andere über einen pragmatischeren Kurs in der Wirtschaftspolitik.

Letztlich bleibt der Ausgang der politischen und wirtschaftlichen Weichenstellung jedoch ungewiss. Gerade deswegen sollte es Deutschlands und Europas vordringliches Ziel sein, den Dialog mit Kuba zu suchen. Dies gilt insbesondere für uns Sozialdemokraten, denn – frei nach Willy Brandt – kann Wandel letztlich nur durch Annäherung, nicht aber durch Blockade erzielt werden.

Die offizielle Haltung der EU bildet dafür jedoch keine geeignete Grundlage, denn die Bedingungen für einen politischen

Dialog sind zu hoch angesetzt. Nicht zuletzt auch, da die EU-Mitgliedsstaaten unterschiedliche Positionen vertreten und sich bislang nicht auf eine gemeinsame Kuba-Strategie einigen konnten. Dies sollte Deutschland allerdings nicht daran hindern, seine bilateralen Möglichkeiten auszuschöpfen und beispielsweise die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu intensivieren. Auch eine Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit könnte neue Impulse bringen.

Dabei geht es zunächst weniger um einen breit angelegten politischen Dialog, als darum, Anschlussstellen zu schaffen. Denn nur, wenn es uns gelingt, durch eine Intensivierung der Kontakte langfristig Vertrauen aufzubauen, werden wir von der kubanischen Seite als Ansprechpartner wahrgenommen. Damit bekämen wir nicht nur die Gelegenheit, den politischen und wirtschaftlichen Wandel aus nächster Nähe zu begleiten,



sondern könnten auch weitaus effektiver auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage hinwirken. Nicht zuletzt deshalb ist es heute wichtiger denn je geworden, mit und nicht nur über Kuba zu reden. ■